

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 1.000 M. Vorauszahlung. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Heimgebiet sowie Österreich und Kurland 700 M. für das übrige Ausland 800 M. Postzusatzpreis 100 M. in d. Postbezugsstellen nehmen an Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vormärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einzeln platzierten Anzeigen werden zu 1200 M. pro Zeile für 1000 M. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 375 M. (zufällig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 200 M. Stellengeld das erste Wort 200 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-293 Verlag: Dönhoff 2306-2307

Freitag, den 9. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Volksbankkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Vormarsch ins Bergische Land.

Bochum, 8. März. (WLB.) Im bergischen Lande sind weitere Strecken südlich Wipperfürth und Engelskirchen durch Franzosen besetzt worden. Die Besetzung von Lünen ist drei Kilometer nördlich verlegt worden. In der Höhe sollen die Schanzanlagen der 7. Jechen Preußen 1 bis 3.

Wipperfürth, 8. März. (WLB.) Die gestern hier eingerückten Truppen sind in Richtung Engelskirchen abmarschiert. Sie haben ihr Gepäck in Wipperfürth zurückgelassen. Gemütsberauscht war bis Donnerstagabend nicht befehl. In Höhe sind zur Ablösung der zur Entlassung kommenden Reservisten 209 Ersatzmannschaften für das dortige Infanterieregiment eingetroffen.

Die Aktion gegen Dortmund.

Münster, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die am Mittwoch besetzten Bahnhöfe Weimar, Langendreer und Laer sind wieder geräumt. Die Beute der Franzosen war gering und unbedeutend. Am Mittwoch ist auch der Bahnhof Dornap bei Elberfeld, am Donnerstag der Bahnhof Dortmund besetzt worden. In Dornap haben die Franzosen in den Betrieb bisher nicht eingegriffen.

Am Donnerstag morgen gegen 6 Uhr ist in Dortmund, nachdem es von allen Seiten umstellt war, die Innenstadt und das Rathaus von französischen Truppen aller Waffengattungen besetzt und die Schutzpolizei entwaffnet worden. Der Polizeiverwalter in Dortmund, Regierungsrat Dr. Kiehlhorn, wurde verhaftet und abgeführt. Desgleichen wurden einige Kommunal- und Kriminalpolizeibeamte festgenommen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist der Kommunalpolizei in neuer Uniform in Stärke von 600 Mann gestattet worden. Weiter wurde am Donnerstag in Friedenbaum bei Dortmund und in Höhe eine Schulpowage entwaffnet und ausgehoben. Die Beamten wurden abtransportiert. In Castrop sind am 4. März der stellvertretende Bürgermeister und der Vorsitzende des Beamten-Ortsausschusses wegen Plakatanschlags verhaftet worden. Der Rest der noch in Redlinghausen befindlichen Polizeibeamten wurde im Laufe des Donnerstags ausgewiesen. Die „kommunistische Arbeiterzeitung“ in Duisburg ist von den Franzosen vom 5. bis 12. März verboten worden.

Dortmund, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Bahnhof Dortmund ist von den Franzosen nachmittags wieder freigegeben worden. Ein Teil der heute morgen an der Besetzung beteiligten Truppen ist wieder abgerückt. Das Rathaus ist wieder geräumt. Der heute vormittag inhaftierte Regierungsrat Dr. Kiehlhorn ist wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Schutzpolizeibeamten sind bei Brackel ins unbesetzte Gebiet abgehoben worden. 15 Polizeioffiziere, darunter der Kommandeur, befinden sich noch in Haft. In Lünen ist die Besetzungszone um 3 Kilometer nach Osten verlegt. In das dort neubefetzte Gebiet sollen die Schanzanlagen 1 bis 3 der 7. Jechen Preußen.

Dortmund, 8. März. (WLB.) Der Bahnhof Langendreer ist im Laufe des gestrigen Tages von den Franzosen wieder geräumt worden. Vier Lokomotiven, 160 Kohlen- und Kokswagen und über 50 Leerwagen wurden während des Ueberfalls als Beute in der Richtung Dalhausen abgefahren.

Die Genugtuung für den Essener Skandal.

Essen, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem durch die Presse bekanntgemacht worden war, daß denjenigen Bürgern, die von französischen Besatzungstruppen herabgeführt worden sind, Genugtuung gegeben werden sollte, ihre Anliegen der Prüfungskommission der französischen Besatzungsbehörde gegenüber selbst anzubringen, hatten sich am Nachmittag des 3. März im Besatzungsamt Essen etwa 60 Personen eingefunden. Zum Teil hatten die geschädigten Bürger Zeugen gleich mitgebracht. Eine große Anzahl der erschienenen Bürger wurde aufgefordert, bei späterer Aufforderung wieder zu erscheinen. Die Zuerstbesichtigten wurden durch Beamte des Besatzungsamtes zur französischen Gendarmarie in Bredeken gebracht und haben dort in Gegenwart von Dolmetschern des städtischen Besatzungsamtes und eines deutschen Rechtsanwalts, der der französischen Sprache mächtig ist und sich für diese Verhandlungen zur Verfügung gestellt hatte, ihre Aussagen gemacht. Bisher sind 11 Tatbestände auf das eingeleitetste aufgenommen worden. Französische Gendarmen haben sich über die Aussagen der Bürger in deutscher Sprache Niederschriften angefertigt. In den nächsten Tagen werden weitere bestraftete Personen aufgefordert werden, ihre Anzeigen bei der französischen Besatzungsbehörde zu machen.

Protest gegen die Repressalien.

Bochum, 8. März. (Gca.) Der Magistrat der Stadt Bochum hat gegen die Auflegung der Kontribution von 35 Millionen Mark Protest eingelegt. Diese Kontribution entspreche nicht dem Völkerrecht, insbesondere nicht der Haager Konvention. Diese bestimme ausdrücklich, daß über ganze Ortschaften keine Repressalien verhängt werden dürfen, wenn die Gesamtbewölkerung nicht für die Handlung verantwortlich gemacht werden kann.

Weiteres Vorgehen bei Mannheim.

Mannheim, 8. März. (Eig. Drahtbericht.) Am Donnerstagmittag schickten ungefähr 100 französische Infanteristen mit 10 Maschinengewehren in Booten über den Rhein und landeten auf dem badischen Ufer bei Altrip, gegenüber Speyer. Sie besetzten den südlich von Mannheim gelegenen Rheinauhafen, der aus vier Hofen besteht und dessen Privateigentümer die Rheingehelmsgesellschaft ist. Damit untersteht jetzt auch die letzte der drei großen Mannheimer Hofenanlagen französischer Willkür. Die Bedeutung des Rheinauhafens besteht darin, daß durch ihn die großen Industrieerwerke, die in dem Vorort Rheinau angesiedelt sind, mit Rohstoffen, vor allem Kohlen, versorgt werden. In dem Rheinauhafen lagerten große Kohlenmengen, die der Beschlagnahme anheimfielen. Der Vorort Rheinau selbst ist Station der direkten Eisenbahn Mannheim-Karlsruhe. Vorläufig ist der Zugverkehr nicht in Mitleidenschaft gezogen, da sich die Besetzung voraussichtlich nur auf den Hofen, aber nicht auf den Ort und den in einiger Entfernung liegenden Bahnhof erstrecken dürfte.

Mannheim, 8. März. (WLB.) Heute morgen 6 Uhr erschienen französische Offiziere auf dem Hauptzollamt Mannheim, das gestern besetzt worden war, und erklärten dem Vorstand der Dienststelle, daß alle deutschen Beamten abgesetzt seien und ihnen der Zutritt zu den Dienststellen untersagt sei. Auf die Anfrage des Vorstandes der Dienststelle, auf welche Anordnung hin die Besetzung des Zollamtes erfolgt sei, wurde erwidert: „Auf Befehl der Internationalen Rheinlandkommission.“ Daraufhin erklärte der Vorstand, daß er lediglich den Weisungen seiner Behörde folge und nur der Gewalt weiche. Das Gebäude wurde sodann mit Beschlag belegt.

Drei Sozialdemokraten ausgewiesen.

Wiesbaden, 8. März. (WLB.) Heute früh sind von den Franzosen die Stadtverordneten Otto Witte und Linde und der Parteisekretär Paul Kabisch ausgewiesen worden. Alle drei gehören der Sozialdemokratischen Partei an.

Die Familie des vor drei Wochen aus Düsseldorf ausgewiesenen Regierungspräsidenten Grühner hat heute ebenfalls den Ausweisungsbefehl erhalten und muß das besetzte Gebiet bis zum Sonnabend dieser Woche verlassen.

Englischer Protest gegen Frankreich?

London, 8. März. (WLB.) „Evening Standard“ will wissen, ob ein auf Rechtsgründe gestützter britischer Protest an die französische Regierung gerichtet werden soll. Er soll sich hauptsächlich mit der Besetzung der Gebiete zwischen den Brückenköpfen durch die Franzosen beschäftigen.

Erweiterung der dänischen Hilfsaktion.

Die Hilfsaktion unserer dänischen Genossen für die Arbeiterkinder des Ruhrgebietes hat eine Ausdehnung erfahren; anstatt der ursprünglich in Aussicht genommenen 1000 Kinder sollen jetzt 2000 Kinder auf die Dauer von drei Monaten in Dänemark untergebracht werden.

Nachdem bereits am 22. Februar 110 und am 28. Februar 360 Kinder aus dem Ruhrgebiet nach Dänemark verschifft worden sind, folgen am 8. März weitere 300 Kinder. Sie werden bei ihrer Ankunft in Hamburg verpflegt und haben alsdann die Weiterreise über Warnemünde angetreten.

Wie der Soz. Parlamentsdienst zuverlässig erfährt, hat Herr Poincaré die dänische Regierung wissen lassen, daß Frankreich die Aufnahme deutscher Kinder in Dänemark gerade nicht als ein Zeichen von Neutralität betrachten könne.

Was der Einbruch Frankreich kostet.

500 Millionen Frank im Januar!

Ein französischer Sachverständiger hatte bereits im „Manchester Guardian“ vom 2. Februar einen sehr scharfen Artikel über die wirtschaftliche Sinnlosigkeit des Ruhrabenteuers veröffentlicht, dessen Abdruck in einer französischen Zeitschrift auf Wunsch der Regierung Poincarés unterblieben war. Nun bringt das führende Organ der englischen Liberalen in seiner Nummer vom 6. März einen zweiten Aufsatz des gleichen vorgenannten Verfassers, in dem die finanzielle Bilanz der Ruhraktion nur für den ersten Monat Januar gezogen wird. Es handelt sich um eine sehr ernste wissenschaftliche und statistische Arbeit, die mehr als zwei Spalten des auch im Format sehr großen englischen Blattes füllt.

Der französische Finanzminister de Vasteyrie hatte selbst dem Parlament die Regierungskosten des Unternehmens für Januar und Februar wie folgt angegeben: Angenieurmission 5 Millionen Frank, Unterhalt der Truppen 50 Millionen Frank und Organisation der Eisenbahnen 60 Millionen Frank. Für Januar allein rechnet der Verfasser rund 55 Millionen Frank als die direkte Ausgabe des französischen Staates. Aber, fügt er hinzu, der Finanzminister hat nicht die ganze Wahrheit gesagt, indem er von den indirekten Ausgaben, nämlich von den Verlusten an Sachlieferungen und von den Verlusten der Industrie nicht sprach.

Die Regierungskrise in Sachsen.

Von Richard Lipinski.

Die Landesversammlung vom letzten Sonntag hat eine Lösung der sächsischen Regierungskrise nicht gebracht und deshalb wenig Verständnis bei den Genossen außerhalb Sachsens gefunden. Es erscheint deshalb angebracht, eine Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Sachsen zu geben.

Nirgends in Deutschland dürften die Klassenverhältnisse in den letzten Jahrzehnten so scharf aufeinandergeprallt sein wie hier. Hierzu kommt, daß die Erbitterung der Arbeiterklasse gegen die brutale Unterdrückung im alten Staat heute noch unverändert besteht. Es ist also kein Wunder, wenn nach der Revolution die gesetzgebende Körperschaft in Sachsen immer eine Mehrheit der Arbeiterklasse hatte. Leider ging diese Mehrheit durch die Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Parteien von 57 Sozialisten und 39 bürgerlichen Abgeordneten auf 49 zu 47 bei der Landtagswahl 1920 zurück. Durch die Spaltung der unabhängigen Partei auf dem Parteitag in Halle zerfiel die schwache sozialistische Mehrheit aber in drei Gruppen: 27 Sozialdemokraten, 13 Unabhängige und 9 Alt- und Neukommunisten. Ein Zusammenarbeiten wurde durch die Kommunisten erschwert. Der von ihnen im Jahre 1921 geführte Märzputsch, ihre Ablehnung des Postzeitels in zweiter Lesung im Jahre 1922 zusammen mit den bürgerlichen Parteien steigerte den Kampfeswillen der bürgerlichen Fraktionen, die schwache sozialistische Mehrheit zu zerbrechen. Als es den beiden sozialistischen Fraktionen gelang, die Kommunisten davon zu überzeugen, daß der Etat und wichtige Gesetzesvorlagen noch verabschiedet werden müßten, fanden die bürgerlichen Parteien für die Auflösung des Landtages zunächst keine Mehrheit. Deshalb folgte das Volksbegehren für die Auflösung des Landtages, ohne die Mehrheit der Wähler zu erlangen. Der Landtag und die Regierung hätten vier Jahre bestehen können, wenn nicht der Rathenau-Mord den Kommunisten Anlaß gab, jetzt mit den bürgerlichen Parteien den Landtag aufzulösen.

Die Landtagswahlen im November 1922 standen im Zeichen der Einigungsbestrebungen der Sozialdemokraten und ergaben eine kleine Verschiebung der Mehrheit nach links (50 Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 46 bürgerliche Abgeordnete). Die Kommunisten gewannen ein Mandat, so daß sie nunmehr geschäftsordnungsmäßig als selbstständige Fraktion auftreten und selbständige Anträge stellen konnten. Das wurde zum Verhängnis für die Regierung. Die Parteien verteilten sich jetzt so: 40 Sozialdemokraten, 10 Kommunisten, 19 Deutschnationale, 19 Volksparteiler und 8 Demokraten. Eine sozialistische Regierung konnte nur mit Unterstützung der Kommunisten gebildet werden, denn der Ministerpräsident, der die Minister ernannt, muß von der Mehrheit des Landtages, also bei Anwesenheit aller Abgeordneten, von 49 Abgeordneten gewählt werden. Deshalb trat die Partei sofort nach der Neuwahl an die Kommunisten heran, um sie für die Teilnahme an der Regierung zu gewinnen. Die kommunistische Bedingung, einen Betriebsräte-Kongress einzuberufen, der zur Regierungsbildung Stellung nehmen, ein Regierungsprogramm aufstellen und einen Kontrollausschuß zur Überwachung der Regierung bestellen sollte usw., wurde schon damals auf einer Landeskonzferenz der Sozialdemokratie als im Widerspruch mit der Reichs- und Landesverfassung stehend abgelehnt. Damit war der Versuch einer Regierungsbildung mit den Kommunisten gescheitert und der SPD. blieb völlig freie Hand. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten stimmte sie für Bud. Die sozialistische Regierung konnte in der bisherigen Zusammensetzung bestehen bleiben. Dadurch waren die Kommunisten isoliert und sie trachteten deshalb, aus dieser Stellung herauszukommen. Die Ruhrbesetzung und eine angebliche Zustimmung des Ministerpräsidenten Bud zur Birih-Rote vom 13. November 1922 gab ihnen den Vorwand, gegen die durch ihre Unterstützung gebildete Regierung Sturm zu laufen. Als die Landtagsmehrheit die Verantwortung einer von der SPD. gestellten Anfrage auf den 8. Februar verschob, nahm die SPD. eine Wulle-Bersammlung in Leipzig zum Anlaß, gegen mich deshalb ein Mißtrauensvotum zu stellen, weil ich die Versammlung auf ihr Verlangen nicht verboten hatte. Die bürgerlichen Parteien benutzten diese Gelegenheit, um die sozialdemokratische Fraktion zu isolieren und stimmten für das Mißtrauensvotum, um ihren Plan auf Bildung einer großen Koalition durchzuführen. Das Mißtrauensvotum wurde mit 56 gegen 38 Stimmen angenommen. Die Regierung trat zurück.

Der Sieg der kommunistisch-bürgerlichen Mehrheit löste aber bei den Siegern keine Freude aus. So leicht es war, die Regierung zu stürzen, so schwer ist ihr Aufbau. Das zurückgetretene Ministerium führt, mit Ausnahme meiner Person, die vollen Regierungsgeschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiter; es ist also kein bloßes Geschäftsmiisterium. Die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten und damit die Bildung einer neuen Regierung ist ohne Unterstützung der Sozialdemokraten unmöglich. Da aber die kommunistisch-bürgerliche Mehrheit die Regierung gestürzt

hätte, so mußten die Sozialdemokraten dieser Mehrheit die Neubildung der Regierung überlassen. Sie gelang nicht, ja es wurde nicht einmal der Versuch hierzu gemacht. Denn die SPD. kann mit den bürgerlichen Parteien wegen der Wahl eines Ministerpräsidenten nicht verhandeln, will sie nicht den letzten Kredit bei der Arbeiterklasse verlieren, und die bürgerlichen Parteien allein sind an Zahl zu gering. Ja selbst wenn durch Zufallsmehrheit eine bürgerliche Regierung zustande käme, würde sie beim ersten Auftreten durch die kommunistisch-sozialistische Mehrheit erledigt werden. Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung ist aber ohne Unterstützung anderer Parteien unmöglich. Da die SPD. auf ihren unerfüllbaren Forderungen beharrt, blieb eigentlich nur ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien übrig, um eine Regierung zu bilden. Doch auch dieser Gedanke ist so leicht nicht durchzuführen. Die Sozialdemokratie kann nur dann Verständnis für einen solchen Schritt bei den Mitgliedern finden, wenn absolut kein anderer Ausweg verbleibt und die Partei einem unabwehrbaren Zwange nicht ausweichen kann.

In der Arbeiterchaft wird das Ergebnis der Landtagswahl als Bestätigung der bisher in Sachsen sozialistisch betriebenen Regierungspolitik angesehen, die durch die kommunistisch-sozialistische Wählermehrheit getragen wird; sie geht von der Voraussetzung aus, daß der Wille der Wähler sei, daß eine sozialistische Regierung und deren Politik weiter in Sachsen erhalten bleibt. Eine Koalition mit Bürgerlichen geht ihr wider den Strich. Diesen Widerwillen hat das Verhalten der bürgerlichen Parteien noch bestärkt. Die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, die im Reich durch Bildung der Arbeitsgemeinschaft den Eintritt unabhängiger in die Reichsregierung verhinderten und die schließlich die Sozialdemokraten aus der Reichsregierung drängten, verlangen in Sachsen die große Koalition. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erklärten in einem Artikel, die Sozialdemokraten müßten zur großen Koalition gezwungen werden. In derselben Zeit, wo im Reich die Einheitsfront wegen der Ruhrbesetzung erfirecht wird, zertümmerten die bürgerlichen Parteien in Sachsen die Regierung. Gegen die Deutsche Volkspartei besteht also in der Arbeiterchaft Sachsens eine unüberwindliche Abneigung.

Es bliebe ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Demokraten. Beide Parteien verfügen nur über 48 Mandate, also über keine Mehrheit. Eine Regierung aus diesen beiden Parteien wäre auf die Duldung der Deutschen Volkspartei, also auf eine verkleinerte große Koalition angewiesen. Die sächsischen Demokraten stehen aber der Deutschen Volkspartei sehr nahe. Selbst wenn eine sozialistisch-demokratische Regierung erneut zustande käme, wäre sie nur von kurzer Dauer, denn in allen sozialpolitischen und sozialistischen Fragen müßten die Kommunisten mit den Sozialdemokraten zusammengehen; es würde der Landtag oft andere Beschlüsse fassen, als sie den Regierungsdemokraten genehm wären.

Bei dieser Sachlage ist es verständlich, wenn die Ablehnung des Zusammengehens auch nur mit den Demokraten mit Dreiermehrheit beschlossen wurde. Der Ausweg, durch eine Neuwahl eine neue Situation zu schaffen, ist ebenfalls abgelehnt worden. Was nun?

Der Landesausschuß der Gewerkschaften hat einstimmig die Berufung eines Betriebsrätekongresses abgelehnt, und die Landesversammlung hat es abgelehnt, den Landesausschuß der Gewerkschaften nochmals zu ersuchen, seinen Beschluß umzustößen, offenbar weil die Mehrheit einem Konflikt mit den Gewerkschaften aus dem Wege gehen will. Damit ist auch der von den Kommunisten erstrebte Weg abgeschnitten und eine neue Situation geschaffen. Nur die Hoffnung, daß die SPD. neuen Verhandlungen zugänglich ist, erklärt die Beschlüsse der Landesversammlung. Nach ihrer eigenen Forderung kommt jetzt ein Eintritt der Kommunisten in die Regierung nicht mehr in Betracht, sie haben jetzt die Wahl, entweder eine sozialistische Minderheitsregierung weiter zu unterstützen oder mit den bürgerlichen Parteien den Landtag aufzulösen und Neuwahlen herbeizuführen. Das eine wie das andere bedeutet aber nur eine Atempause, keine Lösung.

Die Franzosen gegen Koalitionsfreiheit.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns mitgeteilt:

Die Maßnahmen der Besatzungsbehörden am Rhein und Ruhr wenden sich immer stärker gegen die als Hauptträger des passiven Widerstandes erkannten Gewerkschaften. Der neueste Zugriff gilt dem Koalitionsverbot. Eine Anordnung der Besatzungsbehörde in Bodum verlangt von allen Gewerkschaften und Verbänden Einreichung der Mitgliederlisten, Angabe der Vorstandsmitglieder, Nachweisung von Vereinszielen, Bekanntgabe der Satzungen, Anmeldung der Versammlungen und ähnliches mehr. In selbstverständlicher Einmütigkeit haben alle Gewerkschaftsgliederungen im besetzten Gebiet gemeinsam und öffentlich erklärt, daß sie, da sie nur deutsches Recht und deutsche Gesetze als für sie maßgeblich anerkennen, die Anordnung der Besatzungsbehörde als ungesetzlich ansehen und ihre Befolgung ablehnen. Die Spitzenverbände der deutschen Arbeiterbewegung, die am gestrigen Tage in gemeinsamer Beratung zu der Angelegenheit Stellung genommen haben, fordern auch ihrerseits alle Beteiligten auf, sich keiner ungesetzlichen Anordnung zu fügen und im Willen zur Erhaltung der Koalitionsfreiheit nicht zu erlahmen.

Ruhrspende aus der Tschechoslowakei.

Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei hat unserem Parteivorstand 5000 Kronen zur Unterstützung der Ruhrbevölkerung überwiesen. Den gleichen Betrag übersandten die sozialistischen Abgeordneten und Senatoren aus Prag. Dies sind zusammen nach dem gegenwärtigen Kurs ungefähr sieben Millionen Mark.

Umlagegetreide teurer als freies Getreide.

Die Reichsregierung hat den Umlagegetreidepreis für das fünfte Sechstel der Umlagemenge bekanntlich auf 600 000 M. je Tonne festgesetzt. Die Herren Agrarier sind mit dieser Preisfestsetzung natürlich nicht zufrieden. Es überrascht daher auch nicht, wenn der Brandenburgerische Landbund in einer Entschliesung seines Vorstandes sagt, die letzte Preisfestsetzung bringe „eine schwere Enttäuschung“, weil sie weit hinter den Produktionskosten zurückbleibt. Wie wenig begründet diese „Beschwerde“ der Landwirtschaft ist, zeigt die Tatsache, daß am gleichen Tage, an dem die Entschliesung der märkischen Landwirte veröffentlicht wurde, an der Berliner Produktenbörse, also im freien Handel, der Zentner Roggen mit 28500 bis 30000 M. bezahlt wurde, während der Umlagepreis für die gleiche Qualität und das gleiche Gewicht 30 000 M. beträgt. Es sollte uns nicht wundern, wenn die Herren Agrarier jetzt mit größter Beschleunigung nicht nur das abzuliefernde Getreide, sondern auch noch die zu Spekulationszwecken zurückgehaltenen Bestände der Reichsgetreidestelle „großmütig“ anbieten. Daß sie nun eine Ermäßigung des Umlagepreises beantragen werden, ist ihnen nicht zuzutrauen.

Deutschlands Kohlenversorgung.

Im Hauptauschuß des Reichstages berichtete der Reichskohlenkommissar am Donnerstag über die Kohlenlage. Er führte aus, daß die Kohlenversorgung im allgemeinen gut sei und daß die Widerstandskraft Deutschlands an der Kohle nicht scheitern werde. Sowohl die Eisenbahnen, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, als auch die privaten Verbraucher in Industrie und Hausbrand verfügen noch über reichliche Bestände. Dazu sei eine gesteigerte Belieferung aus den nichtbesetzten Kohlenrevieren gekommen, in denen die Bergarbeiter zumeist Ueberleistungen erfordern. Die Kohlen aus Polnisch-Oberschlesien und der Tschechoslowakei seien bisher in den üblichen Mengen geliefert worden. Knapper als in Kohlen stände es um den Koks, aber auch hier sei es möglich, durch Einfuhr und durch Sparmaßnahmen im Innern vor allen Dingen die

Hochöfen und Gießereibetriebe in Gang zu halten. Durch Zufuhrnahme der schlesischen Reviere und geeigneter Koksarten könne auch der dringende Bedarf an Schmelzkohle gedeckt werden.

Gegensätze im Comité des Forges.

Pariser Blätter berichten über heftige Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Comité des Forges, d. h. der Zentralorganisation der französischen Schwerindustrie. Danach würden die Industriellen des Nordens und des Ostens unter Führung des lothringischen Stahlmagnaten de Wendel mit allen Kräften „bremsen“ und auf die Regierung im Sinne einer Verständigung einwirken, während eine andere Gruppe unter Führung Schneiders, des Besitzers der großen Werke in Le Creusot, Le Havre, St. Nazaire usw., für die Verschärfung des Ruhrkonfliktes eintrete.

Das liegt daran, daß insbesondere die lothringischen Hütten infolge des Ausbleibens der Kokszufuhr aus dem Ruhrgebiet Schwierigkeiten gegenüberständen, die sich von Tag zu Tag verschlimmerten, während die sonstigen Werke nicht in demselben Maße auf die Ruhrkohle angewiesen sind. Die Creusot-Gruppe befindet sich nun infolgedessen in einem zunehmenden Konkurrenzvorteil gegenüber der Wendel-Gruppe, den sie auch durch die Fortdauer und die Zuspitzung des deutsch-französischen Konfliktes immer mehr auszunutzen versuche.

Tatsächlich nehmen die Schwierigkeiten der Hochöfen im Osten Frankreichs immer mehr zu. Das geht aus dem Bericht eines vom Pariser „Ouvrier“ am 5. März nach Nancy entsandten Sonderberichterstatters deutlich hervor. Bereits am 15. Februar hatte das Bulletin der „Industriellen Ruhrschau des Ostens“ die Lage sehr düster geschildert, jedoch die Hoffnung ausgesprochen, daß „die Ruhrküstler ihre Früchte recht bald“ einbringen werde. Aus den Erklärungen, die der Sonderberichterstatter des „Ouvrier“ am 5. März vor verschiedenen Industrieverbänden in Nancy erhielt, geht jedoch hervor, daß diese Hoffnung sich im Laufe der letzten Woche in keiner Weise erfüllt hat. Die fragten Persönlichkeiten kamen mit der Sprache nur schwer heraus, doch geht aus ihren Erklärungen hervor, daß die Industriellen die allergrößten Schwierigkeiten überwinden müssen, um nur die wenigen noch nicht völlig ausgebliebenen Hochöfen in beschränkter Tätigkeit aufrechtzuerhalten.

Vorsichtig soll allerdings — immer noch den Mitteilungen der französischen Blätter — die scharfsamerische Richtung Schneider die Oberhand innerhalb des Hüttenverbandes besitzen, dessen Generalsekretär Robert Pinot, einst Intimus von Wendel, zu dessen Gegnern übergegangen sei.

Der Verfasser führt sodann im einzelnen die Kohlen- und Koks mengen an, die Frankreich von Deutschland auf Reparationskonto vor der Besetzung erhielt und nach der Besetzung nicht mehr erhielt. Er berechnet den Geldwert dieses Verlustes mit 130 Millionen Frank.

In sonstigen Sachleistungen für den Wiederaufbau gemäß dem Gilet-Koppel-Abkommen, die seit dem Beginn der Ruhraktion ausföhrten, hat Frankreich im Januar etwa 40 Millionen Fr. eingelebt. Am schlimmsten hat sich aber der 15prozentige Sturz der französischen Baluta fühlbar gemacht, der einen Verlust in der französischen Handelsbilanz von 321 Millionen Fr. ausmacht. Darüber hinaus ist übrigens der französische Außenhandel im Januar gegenüber Dezember sehr wesentlich zurückgegangen.

Zus allen diesen Gründen und Tatsachen kommt der französische Sachverständige zu dem Schluß, daß die Verluste Frankreichs an direkten Ausgaben und an sonstigen volkswirtschaftlichen Verlusten weit über eine halbe Milliarde Papierfrank allein für den ersten Monat des Abenteuers betragen.

Unter diesen Umständen können wir es allerdings begreifen, daß die Regierung Poincaré die Veröffentlichung dieser Angaben in Frankreich als unerwünscht bezeichnen hat!

Das tschechische Ausnahmegesetz ist noch Hinauschiebung einiger obstruierender Kommunisten, die sich der Ausschließung nicht fügten, durch die Parlamentswache nach einer scharfen Protestklärung der deutschen Sozialdemokraten und nach weiterer Belpredung, in Abwesenheit aller Oppositionsparteien, angenommen worden.

„Spinnerei“ München.

Von Paul Gutmann.

Unter „Spinnen“ versteht der Münchner eine Beherrschung, die der andere Deutsche mit dem herzlichen Wort „Berrücktheit“ abtut. „Er spinnt halt“ bezeichnet ein Anderssein, das, obwohl dem Wahm verwandt, doch dem Zuschauer Freude macht. In einer Stadt, die aus originellen Trunknen, sei es des Biers, sei es der Kunst, besteht, ist Andersgeartetheit ein lobenswertes Merkmal. Nur nicht forciert sein, norddeutsch sein, immer einen Stich ins Narrenkorn, ins alkoholisch Gesteigerte, in die Verantwortungslosigkeit einlegen, das ist die Gaudi des Münchenern.

Nun ist Georg Fuchs mit seiner Spinnerei erledigt. Journalist, ehemaliger Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“, Pastorlehre aus Dreieichenhain, einem Spuntheit bei Darmstadt, von Aussehen ein Feldwibel mit dem Blick eines Trunkenen, von Gemüt ein irrlichternder Phantast, langte er nach den politischen Vorbeeren, da die dichterischen nicht erreichbar waren. Ein Genosse Mühlhans, nur von der entgegengegesetzten Seite, bühnte er den Wahn seiner vom Kaffeehaus vergifteten Generation, daß Genialität gleichbedeutend mit innerer Ungeordnetheit sei. Er stand immer auf der Seite des Absurden, Als es Mode wurde, mit kleinen Anfangsbuchstaben zu dichten, gründete er die „Kunstchronik“, wo die Epigonen des Epigonen George ihre belanglosen Schmerzen in unverständliche Reime gossen. Er gründete die Reliefbühne und schrieb über diesen Numbung ein dickes Buch. Er kooperierte mit dem Freisinn, solange die Monarchie währte, und hielt die Monarchie in der Republik für das äußerste an Vornehmheit. Professor wurde dieser Protestant, weil er in die Bearbeitung eines Dramas von Calderon ein halbes Duzend heilige mehr als im Original hineinschob. Diese impotenten Federhelden, die mit der Feder immer daneben trafen, glaubten nach dem Kriege mit dem Säbel besser zielein zu können, wie der famose Scheid, der Gründer der Westdeutschen Zeitschrift Koalun, ein unbedeutender ehemaliger Apotheker und späterer Kriegsmilitär von Mühlhans Gnaden. Söhne einer ziellosen Bourgeoisie, verstarben vom Gmnamism, vom Alkohol und der festlosen Literatunkunst, suchten sie auch in die Politik, die ihrem Bedürfnis nach bequemem Ruhm keine Rahrung bot.

Der Alpenföhn, der oftmals über die Stadt München braust, trieb über den Himmel dieser Stadt ein Narrengewand von unwahrscheinlicher Buntheit. Bunt und abenteuerlustig ist der Charakter eines Teils der Einwohner. Hier baute der geniale Narr Ludwig seine phantastischen Volkenschlösser, hier gab es eine Revolution wegen einer Tänzerin und wegen eines Bierauschlagens von einem Pfennig, hier verehrte man einen Prinzen wegen seiner stadt-bekanntem Ehebrüche, hier eroberte das Literatencafé die Regierung, hier wird ein geschlagener Feldherr, der Verderber seines Volkes, zum Nationalheiligen, hier erhebt sich ein Provinglitterat zum Königsmacher!

Es ist nötig, daß in dieser gefahrvollen Zeit den „Spinnereien“ ein Ende gemacht wird.

Der Männergesangsverein „Typographia“ (Mitglied des DMSV.) gab, zum zweitenmal vor ausverkauftem Hause, in der Hochschule für Kunst ein Konzert, an dem sich solistisch Paula Weinbaum mit Liedern von Wolf und Komowski beteiligte und Wittenberg eine Reihe von Violinliedern beisteuerte sowie sich als Klavierbegleiter eines Chorwerkes betätigte. Die prächtige Stimme der hochmusikalischen Wittenberg hat an Weichheit und Ausdrucksfähigkeit im Piano sehr gewonnen. Wittenbergs süßer Gesang und seine Virtuosität stehen auf aller Höhe. Die Leistungen des Männerchors sind allerersten Ranges. Der langjährige Chormeister Weinbaum, gleich gut als Dirigent wie als Klavierbegleiter, daß dieses Rensdenmaterial stimmlich, musikalisch und künstlerisch in hervorragender Weise geschildert. Nur eine kleine Einwendung: Nebenstücken sollten nicht so stark betont werden wie Hauptstücken; und die Vokale sollten besser und reiner geformt werden; es heißt nicht „sie schlammern friedlich alle und nur der Schiefer wach“, sondern: „alle“ und „Schiefer“! Dieser sehr schwere Schubert-Chor wurde auch sonst kläglich nicht so befriedigend vorgetragen wie alle übrigen Stücke. Am besten wirkten die Bestübler, wohl langweilig jedoch ein großer schwerer Hegar-Chor; höchst virtuos der Baumannsche Eselwaid. Wenn man sich an das Singen in der unnatürlichen Fritzelstimme (das im Wesen des Männerchors liegt, weil die ersten Leuder ihren Part nur so durchführen können) gewöhnt hat, so muß man dieser Ausbildung hier die höchste Anerkennung zollen. Dagegen waren die tiefen „Schwarzen“ Bestimmen eine wahre Freude. Im ganzen ein Konzert, das allen künstlerischen Anforderungen genügt, die man sonst an die berühmten Männerchöre bürgerlicher Art stellt. Dr. H. O.

Der verfilmte Friedensvertrag. Der Friedensvertrag von Versailles wurde zum Weltkino und Deutlich nahm ihn zum Filmvorwurf und ließ ihn von Universitätsprofessor Ludwig Bernhard bearbeiten. Dem gelang es, die vielen Zahlen, mit denen er notwendig operieren mußte, durch bewegliche Triebkräfte usw., wenigstens im Film schmachtlich zu machen. In anschaulicher Weise wird er in seiner Auswirkung für die Weltwirtschaft niederschmetternde Inhalt des Friedensbitts dargestellt. Man wird bestaunungsgemacht mit Deutschlands Gebiets- und Bevölkerungsverlusten, mit den Abertüssen, die an Landwirtschaft und Industrie vorgenommen wurden, der teilweise katastrophalen Zerstörung unserer Verkehrsunternehmen. Auch wurde man bildlich Zeuge der Deutschland aufgegebenen Abrüstung, die so sinnlos gehandhabt wurde, daß Motore, Wunder der Feinmechanik, nicht der Industrie angewandt werden durften, sondern zerhacken wurden. Das ist empörend und aufreizend für ein darzendes, arbeitendes Volk. Diese Abschnitte des Films waren schon bekannt, weil Deutlich sie bereits in den Wochenschauen laufen lieh.

Ueber den uns und der Welt Verderben bringenden Friedensvertrag von Versailles sind wir alle einig, über die Geräuhenhaltung beim Ansehen des Films kann man aber wohl geteilter Ansicht sein. In den Kammerkasspielen am Potsdamer Platz war seine Vorführung für einen Teil des Publikums auf jeden Fall sehr anstrengend. Es wurde getampelt, geklatscht, gepfiffen und Zuschauer wurden rausgeworfen, die beim Abdingen des Deutschlandbildes nicht auffanden usw. Alle Anerkennung für ein freudiges Clabekennen zu Deutschland in seiner Not, aber muß das unbedingt mit Kadaver verbunden sein? Ohne die Gabe der Weisung zu besitzen, kann man Deutlich mit dem verfilmten Friedensvertrag ein gutes Geschäft voraussetzen.

Dr. Julius Levin las im Vortragsraum des Kamowitz-Berlages aus eigenen Werken. Leider unter manchem Versprechen. Dennoch wirkte ein Kapitel aus dem Roman „Simon“, dank der starken Bildkraft der Worte, sehr eindrucksvoll. Ebenso ist die Erzählung „Das kaiserliche Opfer“ Zeugnis tiefsten Verlebens und innigster Hingabe an fremde Bewußtseinswelt. Und das Abschimmen des Sohnes des Himmels, der zwischen den irdischen und überirdischen Dingen die Zusammenhänge sucht, gibt dem gern in den Tiefen suchenden Schriftsteller Gelegenheiten, wertvolle eigenartige Gedanken auszupreden und auszuspinnen. Doch er aber mit seiner lebenswahren Gestaltung von Menschen aus fernen Welten Anfang findet, bewies der Beifall seiner zahlreich erschienenen Gemeinde. e. b.

Theatermonopol Kottler. Die Leiter des Zentraltheaters stehen mit den Brüdern Kottler in Unterhandlung wegen Eingliederung ihrer Bühne in den Kottler-Konzern. Wenn dann im nächsten Jahr auch noch das Theater des Welles und das Deslign-Theater diesem Konzern zufallen, so werden die „Kottler-Werte“ nicht weniger als sechs Berliner Bühnen ihr eigen nennen! Die Kritik am Schiller-Theater dauert an und wird möglicherweise ihre Lösung in einer Uebernahme des Hauses durch die Staatstheater finden.

Die größten Wälder der Erde. Die planlose und unverantwortliche Weile, mit der besonders in früheren Zeiten die wertvollsten Wälder in Europa ohne jede Rücksicht auf die Forderungen einer geordneten Forstwirtschaft abgeholt worden sind, ist nicht nur für die Verschlechterung der klimatischen Verhältnisse vieler Länder verantwortlich zu machen, sondern sie trägt auch die Schuld daran, daß es in Europa kaum noch ein Land gibt, das eigentliche Nadelwälder aufweisen kann. Unter diesem Raubbau der Forstwirtschaft hatten auch in besonderem Grade die Wälder Nordamerikas zu leiden, wo man Jahre hindurch meilenweit in unvernünftiger Weise die Bäume niederhug, ohne genügend für den Nachwuchs zu sorgen. Immerhin befinden sich dort noch Wälder von außerordentlichem Umfang. So besitzt beispielsweise Kanada eine Waldfläche in einer Länge von 2780 Kilometern und einer Breite von 1600 Kilometern, die sich über die Staaten Quebec und Ontario hinzieht und sich bis zur Halbinsel Labrador erstreckt. Im schwarzen Erdteil ist es Zentralafrika, das zwischen dem Kongo und den Quellen des Nil sowie des Zambesi gemaltige Wälder besitzt. Die ausgebreitetsten Wälder liegen indessen in Asien. Dort findet sich in Nordibirien zwischen den Flüssen Ob und Lena ein riesiges Waldgebiet, das eine Länge von 4800 Kilometern und eine Breite von 2700 Kilometern aufweist. Man hat es hier mit dem ausgesprochen größten Urwald der Erde zu tun, den zum großen Teil noch nie eines Menschen Fuß betreten hat und der noch fast völlig der Durchforschung harret.

Museumsführungen. Sonntag, den 11., vorm. 9^{1/2} Uhr, finden wissenschaftliche Führungen durch Direktorialsammlungen im Neuen Museum (Weggellen von 2000 bis 1800 v. Chr.), im Kaiser-Friedrich-Museum (Kunst des 18. Jahrhunderts) und im Museum für Völkerverkunde (Das Weltklimatische Subamerikanische Wälder) statt. Eintrittskarten zu 1 M. und Programms zu 2 M. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Modernes Cello. Sonaten, darunter die Erstaufführungen von Hindemith, Kobal und Goossens, spielen Cella Trau (Cello), Felix Peinert (Klavier) unter Mitwirkung von Ober-Karman (Violine), am 12., 8 Uhr, im Beethemsaal.

Der Verschörrersumpf in München.

München, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) In führenden Kreisen der bayerischen Linksparteien bezeichnet man die Verhafteten Fuchs und Machhaus als die Agenten des französischen Geheimdienstes in Wien, Alize. Das Ziel des Anstreiches war die Abgrenzung Bayerns vom Rhein und die Bildung einer Donauföderation unter französischem Protektorat.

Aber die fünfzehn Verhaftungen wegen des Versuches eines Hochverrates stehen noch immer nähere amtliche Angaben. In der Parteivorlage, die Münchener „Post“, richtet an das Vorstandsmitglied der Vereinigten Vaterländischen Verbände, Minister Roth, die Frage, ob er nicht Auskunft geben könne, welchen Gruppen oder Geheimorganisationen die Verhafteten angehören und deutet an, daß der sofortige Rücktritt des Herrn v. Fahr vom Vorstand der Vaterländischen Verbände in einem handfesten Zusammenhang mit den Verhaftungen steht.

In ununterrichteten Kreisen weiß man anlässlich der Verhaftungen auf eine Rede des Nürnberg-Großindustriellen Dr. Tafel, des Vorsitzenden des Bayerischen Ordnungsbundes, vom 3. November 1921 hin. Diese Rede wird als augenblicklich höchst aktuell bezeichnet, da sie die geheimsten Absichten eines Teiles der bayerischen Rechtsradikalen enthüllt. Dr. Tafel bekannte sich damals zu folgenden Anschauungen: „Die Berliner Regierung erwies sich als unfähig, der vielen Nöte in Deutschland Herr zu werden. Der Reichswagen rößt unaufhaltsam dem Abgrund zu und muß früher oder später zerfallen. Darum ist es klüger, das gefährliche Fahrzeug zu verlassen, solange es noch Zeit ist. Bayern muß sich von Berlin unabhängig machen; Bayern ist kein selbständiges Wirtschaftsgebiet, folglich muß es sich an eine Großmacht anlehnen; diese Großmacht kann nur Frankreich sein!“

Das energische Zugreifen der bayerischen Staatsregierung gegenüber solchen offenkundigen landesverräterischen Bestrebungen ist zu begrüßen. Es ist ein Schritt zur Reinigung der politischen Atmosphäre. Allerdings läßt die bayerische Staatsregierung gegenüber anderen rechtsradikalen Bestrebungen, vor allem der Nationalsozialisten, die in ihrer Wirkung ebenfalls als landesverräterisch zu bezeichnen sind, vorläufig noch jede Initiative vermissen. Die neuerdings veröffentlichte Rede Adolfs Hillers müßte eigentlich auch die bayerischen Instanzen zum scharfen Zugreifen veranlassen, da Hiller mit einem geradezu ungläublichen Zynismus die gemeinsame Abwehrfront im Ruhrgebiet und den passiven Widerstand verhöhnte und gegen die Ruhrhilfe heßte. Die Münchener „Post“ kommt heute zu dem zusammenfassenden Urteil, daß auch ein bezahlter französischer Agent in keinem Falle anders handeln konnte, als es Hiller in den letzten Wochen getan hat.

In den Kreisen der äußersten Rechten in Bayern scheint man allmählich von den landesverräterischen Neigungen der Pflinger, Tafel und Konforten abrücken zu wollen. So ist erst vor kurzem der Gesamtvorstand des Bundes Bayern und Reich, an der Spitze Dr. Pflinger, gestürzt und durch reichstreuerere Elemente ersetzt worden.

Geldstrafe für Reichsfahnenhäufung.

Leipzig, 8. März. (M.T.B.) Der sächsischen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik trat heute unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt zu einer ersten Sitzung zusammen. Verhandelt wurde zunächst gegen die Heidelberger Studenten Wachter und Grubel, die im Juni 1922 bei einem Korpuscamp in den Schwarzwald in Donaueschingen von einer zum Empfang des Erzbischofs errichteten Ehrenparade eine schwarz-rot-goldene Reichsfahne herabgerissen und dann im Wirtshause verbrannt hatten. Sie wurden wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu je 100000 Mark Geldstrafe bzw. einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ferner verurteilte der Senat den Kaufmann Ehrenpfort und den Bäcker Stadler zu je fünf Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verübt sind, weil sie in Straßen in Bayern ein von dem Archivar Lauen verfaßtes Schmähegedicht auf den Reichspräsidenten hatten anschlagen lassen. Lauen selbst entzog sich der Verantwortung durch Flucht nach Tirol.

Im Beschlußverfahren verhandelte sodann der Senat über eine Reihe von Beschwerden gegen Zeitungsverbote.

Belgisches Streikrecht.

Brüssel, 8. März. (Agence Belge.) Eine in den letzten Tagen angelegte Unterjochung hatte zu der Annahme geführt, daß die jüngsten Streiks in dem belgischen Kohlenbergbau und der belgischen Metallindustrie von in Belgien ansässigen Kommunisten organisiert worden seien. Die Staatsanwaltschaft in Brüssel brachte in Erfahrung, daß es sich um ein regelrechtes Komplott gegen die Sicherheit des Staates handelte. Auf Grund der von ihr erlassenen Vorführungsbescheide wurden gestern abend in Brüssel, Antwerpen, Lüttich, Charleroi und Gent zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Ungefähr 40 Personen aus der Führerschaft der kommunistischen Partei wurden festgesetzt. Zahlreiche Broschüren und ein ausgedehnter Briefwechsel wurden beschlagnahmt. Die Verhafteten sollen unter Artikel 299 des Strafgesetzbuches über Vergehen gegen die Staatssicherheit.

Nach der „Agence Belge“ sollen die verhafteten Kommunisten hauptsächlich aus Deutschland und Rußland Gelder bezogen haben.

Asquiths kühle Antwort an Lloyd George.

London, 8. März. (M.T.B.) Asquith erwiderte gestern in Cambridge auf Lloyd Georges Vorschlag, um züglichen Schritte zu tun, um die liberale Einheit herzustellen. Seiner Ansicht nach sei die liberale Wiedervereinigung unvermeidlich. Sein größter politischer Wunsch sei, mitzubekommen, die liberale Partei in ihre alte und rechtmäßige Stellung wieder einzusetzen. Asquith fragte, ob Lloyd George den Gedanken einer Zentrums-partei aufgegeben habe. Für ihn (Asquith) sei kein Platz in einer solchen Partei, er lehne einen Feldzug einer vereinigten liberalen Partei gegen die Arbeiter als „gemeinsamen Feind“ ab und fragte, ob wirklich ein neues Programm notwendig sei. Die große Zahl der Liberalen summe in auswärtigen Fragen, in der Frage des Freihandels und der Hauptlinien der Agrar-Industrie und industriellen Politik überein. Die liberale Einheit werde kommen, und zwar bald, die Tür stehe offen. Die drei Notwendigkeiten der Liberalen seien:

1. zühes Festhalten an alten Grundfragen,
2. freiwillige Einigkeit und
3. organisierte Propaganda.

Der Lord George nachstehende „Daily Chronicle“ nennt Asquiths Rede eine glatte Ablehnung des Vermittlungsverschlages Lord Georges. Das Asquith-Blatt „Westminster Gazette“ schreibt, Asquith lasse das gesamte Gerede über die Wiedervereinigung der liberalen Partei in der Frage zusammen, ob unter denen, die sich im Unterhaus Liberaler nennen, eine Einigkeit des Gedankens und des Ziels in der Richtung sein werde, die der Liberalismus in der Vergangenheit verfolgt habe. Wenn nicht, könne es keinen Lauschaufhandlung geben und wenn der gemeinsame Zweck bestehe, so sei kein Handel notwendig.

Geldentwertung und Steuerzahlung.

Herr Stresemann hat in seiner letzten Rede von der Sozialdemokratie verlangt, sie solle den Klassenkampf abschwören. Woraus zu erwidern ist, daß damit der Klassenkampf noch nicht aus der Welt geschafft wäre, denn er ist kein von böswilligen Politikern gewollter Zustand, sondern eine in der Struktur unserer Gesellschaft begründete Tatsache. Richtig ist nur, daß seine Formen und Stärkegrade wechseln. In welcher Weise, das hängt nicht nur von den Besitzlosen, sondern auch von den Besitzenden, nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von den bürgerlichen Parteien ab.

Wenn die bürgerlichen Parteien beweisen wollen, daß sie einsichtig genug sind, um eine vermeidbare Verschärfung der Gegenläufe unter den gegebenen Umständen wirklich zu vermeiden, dann bietet sich ihnen bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen die beste Gelegenheit dazu. Sie müssen dann darauf verzichten, in diesem Gesetzentwurf, wie sie es bisher gewollt, Bestimmungen hineinzubringen, die auf eine unzulässige Schonung des Besitzes zum Schaden der Allgemeinheit und der Besitzlosen hinauslaufen. Andernfalls wird die Sozialdemokratische Partei aus ihrer ganzen sachlichen Einstellung zu den Steuerproblemen heraus gezwungen sein, in der oppositionellen Haltung zu dem Entwurf in der Gestalt, wie er ihn bisher erhalten hat, zu verharren und sie in allerdeutlichster Form zum Ausdruck zu bringen.

So richtig es ist, daß eine dauerhafte Lösung des Problems erst möglich ist, wenn unsere Währung wieder stabil sein wird, so wenig ist es angängig, daß die Besitzenden unter den Steuerzahlern aus dem gegenwärtigen Zustand der Unsicherheit Vorteil ziehen. Außen- und innerpolitische Gründe sollten die bürgerlichen Parteien dazu bestimmen, eine Haltung aufzugeben, der die Sozialdemokratie ihren entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen gezwungen ist. Dieselben Gründe bestimmen aber auch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem Entschluß, bei ihrem Widerspruch zu verharren und ihn noch zu verstärken, wenn es bei den Ausschlußbeschlüssen verbleiben soll. Es wird gut sein, wenn man sich über diesen Stand der Dinge auf keiner Seite einer Täuschung hingibt.

Der Reichstag beriet am Donnerstag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen. Die Vorlage bringt für 14 Steuergesetze Änderungen. Der Berichterstatter Abg. Reinald (Dem.) erklärt, daß weder durch die Regierungsvorlage noch durch die Beschlüsse des Ausschusses die Aufgabe, die Steuerleistungen auf eine wertbeständige Rechnungseinheit zu stellen, befriedigend gelöst worden sei. Die Vorlage könne nur einen Notbehelf schaffen, indem sie die Fälligkeitstermine der Steuern vorverlegt und durch hohe Verzugszinsen eine schnelle Einzahlung erreichen will. In einer Entschließung ersucht der Ausschuß die Regierung, die Einkommensteuer auf eine neue, gerechtere Grundlage zu stellen.

Abg. Beruflin (Soz.):

Es handelt sich nicht um die Lösung eines Problems, sondern um der Versuch, sich im Augenblick aus den Schwierigkeiten herauszuheben. Daß bei dem großen Sturz der Wert die die früher festgeschlossenen Steuererträge nicht mehr aufrechterhalten waren, ist klar. Wir haben daher schon seit längerer Zeit auf die Anpassung der Steuererträge an die Geldentwertung gedrängt, leider ohne daß die Regierung diesem Vorschlag zustimme. Bei einer gerechteren steuerlichen Erfassung des Besitzers würde die Wert der heutigen Leistungsform erreicht haben. Zu ihm wäre es auch dann nicht gekommen, wenn das Reich, wie wir das immer verlangt haben, rechtzeitig mit der Einigungsaktion eingegriffen hätte. Milliarden wären so dem Reich und der Bevölkerung erspart geblieben. Das vorliegende Gesetz trägt den Charakter der Unsicherheit und ist zudem nur eine Halbmäßigkeit. Die Beschlüsse des Ausschusses bringen gegenüber der Regierungsvorlage für uns unannehmbarere Verschlechterungen. Vor aller Dingen müssen wir uns dagegen wenden, daß die Wertpapiere und ausländischen Zahlungsmittel nach einem Durchschnittskurs berechnet werden sollen.

Wir verlangen ihre Entschädigung nach dem Kurswert am Bilanztag. Diese Wertpapiere und Zahlungsmittel dürfen auch keineswegs als Gegenstände des Vermögens betrachtet werden. Ebenso schärz wenden wir uns gegen die hohe Berechnung der Abnutzung und gegen jede steuerliche Begünstigung der Landwirtschaft, die die größten Vorteile von der Geldentwertung gehabt hat. Im Ausschuß klagten zwar Vertreter der Landwirtschaft in so beweglichen Tönen über ihre Not, daß ich nicht umhin konnte, am Schluß der Sitzung

eine Resolution für die notleidende Landwirtschaft anzulegen. Es besteht aber die Tatsache, daß die Besteuerung der Grundstücke in einem starken Mißverhältnis steht zu den enorm gestiegenen Bodenpreisen. Die vom Ausschuß festgesetzten Sätze für Abschreibungen müßten auf ein Zehntel herabgemindert werden. Ferner beantragen wir, daß die geschuldeten Steuerbeiträge in der gleichen Weise erhöht werden, wie sich seit ihrem Fälligkeitstode der Goldaufschlag erhöht hat. Mit der Suspendierung der Kapitalrentensteuer sind wir einverstanden, falls von den Dividenden 10 Proz. an anderer Stelle erhoben werden. Wir beantragen weiter

Wiederherstellung des Depotzwanges, weitere Aushebung des Bankgeheimnisses und Offenlegung der Steuerlisten.

Es ist uns unverständlich, daß gerade die Banken und Sparkassen die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und die Aushebung des Depotzwanges betreiben; sie haben doch unter diesen Maßnahmen nicht gelitten. Zu der Entschädigung des Ausschusses, die die Besteuerung des Einkommens insbesondere von Lohn- und Gehaltsempfängern auf eine neue gerechte, der Lage des deutschen Geldwesens entsprechende und die Erhebung der Steuer vereinfachende Grundlage stellen will, schlagen wir insoweit eine Änderung vor, als wir das deutsche Steuersystem auf eine neue gerechte, der Lage des deutschen Geldwesens entsprechende und nach dem Vorbild der Lohnsteuer die Erhebung vereinfachende Grundlage gestellt wissen wollen. Dadurch würde das rechtzeitige Aufkommen der Steuern gesichert und das Reich gegen Kursverluste bei der Steuerzahlung geschützt werden. Im Auslande, selbst in deutschfreundlichen Kreisen, glaubt man, daß Deutschland noch lange nicht alles tut, um seine Finanzen zu ordnen. Wir müssen daher die Bewertungsvorschriften, die Tarife und die Bestimmungen über die Steuerziehung so scharf gestalten, wie das nur immer möglich ist. (Beih. Beifall k. d. Soz.)

Eine sozialdemokratische Entschließung ersucht die Regierung, den Termin für die Abgabe der Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Zwangsanleihe nicht über den 15. April hinaus auszudehnen.

Abg. Dr. Hefferich (Dnkt.): Dadurch, daß die Sozialdemokratie ihre alten Ansprüche wieder ergraben hat, tut sie der Sache keinen Gefallen. Die Beratung wird dadurch nur noch weiter hinausgeschoben. Werden wir in dieser Woche mit dem Entwurf nicht fertig, so ist vielleicht nicht einmal der 30. April als Endtermin für die Abgabe der Steuererklärungen innewahrscheinlich.

Abg. Dr. Molkenhauer (D. Sp.): Die große Ungerechtigkeit, die in der Benachteiligung des Lohn- und Gehaltsempfängers gegenüber der sonstigen Steuerpflichtigen liegt, muß beseitigt werden. Die Offenlegung der Steuerlisten lehnen wir ab. — Abg. Herold (S.): Die zu hohe Besteuerung der Landwirtschaft könnte nachteilig auf die Produktion wirken. Wir sind für die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depotzwanges, aber für die Auskunftspllicht der Banken. Wir beantragen, die 1922 erworbenen Grundstücke mit dem Anschaffungspreis zu bewerten. — Abg. Reed (S. Sp.) lehnt die sozialdemokratischen Ansprüche ab, stimmt aber der Auskunftspllicht der Banken und dem Ausschlußbeschlüssen zu.

Staatssekretär Japs: Das Gesetz ist ein Notbehelf, da eine vollkommene Lösung des Problems stabiler Steuern im Augenblick gar nicht möglich ist. Diese Lösung ist nur möglich, wenn die Wert stabilisiert ist. Es ist falsch, daß wir gestern der Abg. Bedebour behauptete, die Arbeitgeber die Lohnsteuer monatlang zurückhalten. Die Abführung muß jeden Monat pünktlich erfolgen, jeder Verzögerung wird mit Entschiedenheit entgegengetreten.

Abg. Koenen (Komm.): Die Anpassung an die Geldentwertung wird durch diese Vorlage zugunsten der Besitzenden durchgeführt. Die Steuerrückstellungen werden zum Prinzip der demokratischen Republik erhoben. Die Aktion zur Stabilisierung der Wert wird durch dieses Gesetz nicht erreicht.

§ 1 der Vorlage wird nach dem Auschufantrag angenommen, monach die Berücksichtigung der Geldentwertung bei dem Einkommensteuergesetz jeweils durch ein besonderes Gesetz erfolgen soll. Freitag 2 Uhr. Weiterberatung; Gesetz über die Wohnbauabgabe. — Schluß 47 Uhr.

Wirtschaft

Notenumlauf und Kreditausblähung.

Während die Entwertung der Wert im Ausland durch die Stabilisierung des Notarkurses einigermäßen zum Stillstand gekommen ist, breitet sich die Wertentwertung in heftigster Tätigkeit, den infolge der Preissteigerungen mächtig angewachsenen Bedarf an Zahlungsmitteln zu decken. Der Notenumlauf des Reichsbank schwoll ungeheuerlich an. Das ist um so bedauerlicher, als früher oder später die Zunahme des Notenumlaufs mit dem Bestreben, die Wert zu stabilisieren, in Widerspruch geraten muß. Es kommt hinzu, daß nicht nur durch den wachsenden Notenumlauf künstlich Kredit geschaffen wird, der keine entsprechende Zunahme der Produktion und der verfügbaren Güter gegenüberstellt, sondern daß neuerdings auch die Kredite in viel höherem Maße begehrt werden, so daß man durchschnittlich, ähnlich wie man von einer „Geldausblähung“ spricht, auch von einer Kreditausblähung reden kann. Was es früher das Reich, das in der Hauptfrage den Kredit der Reichsbank in Anspruch nahm, so überwiegen in zwei Wochen des Februar die Kreditforderungen der Privatkreise, während in der letzten Woche, über die ein Ausweis vorliegt, sich wieder ein starker Bedarf des Reiches an Krediten geltend machte, bereits die Kreditforderungen der privaten, Industrie- und Handelskreise, welche in wachsendem Maße der Reichsbank Wechsel zum Discont einreichen. Folgende Uebersicht zeigt die Entwicklung der wichtigsten zur Beurteilung der Geldbewegung entscheidenden Konten der Reichsbank:

	Goldbestand	Umlaufende Noten	Handelswechsel	Discontierte Scheckanweisung.
				in Mill. M.
31. Dez. 1913	1170	2 308	1 401	
31. „ 1914	2098	5 046	3 286	
31. „ 1915	2415	6 918	5 808	
31. „ 1916	2520	8 088	6 610	
31. „ 1917	2406	11 468	14 596	
31. „ 1918	2282	22 168	27 416	
31. „ 1919	1689	85 698	41 744	
31. „ 1920	1092	68 809	60 684	
31. „ 1921	965	113 035	1 062	182 651
31. März 1922	997	190 671	- 2 182	146 531
30. Juni 1922	934	160 212	4 732	186 126
30. Sept. 1922	955	816 870	50 224	849 770
31. Dez. 1922	955	1 290 095	422 285	1 584 464
31. Jan. 1923	955	1 894 406	697 216	1 609 081
7. Febr. 1923	955	2 282 903	901 183	1 924 894
15. „ 1923	955	2 703 794	1 345 142	2 901 048
23. „ 1923	955	3 123 000	1 631 888	2 444 809
28. „ 1923	955	3 612 787	1 829 241	2 947 864

Seit dem 30. Juni 1922 sind außer dem hier ausgewiesenen Goldbestand nur 50 Millionen Mark in Gold bei der Bank in England hinterlegt.

Der Notenumlauf ist bereits auf 3,5 Billionen Papiermark angeschwollen. In einer Beziehung ist der Vergleich des Notenumlaufes mit dem Goldbestand irreführend. Noch heute wird nämlich in dem Reichsbankausweis das Gold zu dem offiziellen Goldpreis eingelegt, der in Wirklichkeit längst überholt ist. Die 1005 Millionen Mark Gold, die zum größten Teil in den Tresoren der Reichsbank ruhen, zu einem kleineren Teil der Post von England für Devisenoperationen hinterlegt, aber noch nicht durch Kredite belastet worden sind, stellen in Wirklichkeit einen Wert von rund 5 Billionen Papiermark dar, so daß gegenwärtig noch jede der 3,5 Billionen Papiermark, die am 28. Februar in Umlauf waren, mit Gold überdeckt ist. Der Zeitpunkt, wo jedoch ohne Golddeckung Noten gedruckt werden, rückt indessen immer näher, nachdem die Reichsbank schon im Februar wöchentlich 400 bis 500 Milliarden an Papiermark herausgebracht hat und keine ausreichenden Anstalten trifft, den Kreditbedarf zurückzubringen. Notwendig wäre dazu eine Erhöhung des Reichsbankdiskonts, der jetzt 12 Proz. beträgt, und ferner ein stärkerer Druck auf das Reichsfinanzministerium, um dieses zu zwingen, in erhöhtem Maße die Ausgaben des Reiches durch Steigerung der Einnahmen auszugleichen.

Das Goldvorkommen beträgt vom 14. bis einschließlich 20. März 1923 525 900, bisher 593 900 vom Hundert.

Devisenkurse.

	8. März		7. März	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Papier) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Papier) Kurs
1 holländischer Gulden	7690.87	7660.18	8179.60	8220.80
1 argentinische Papier-Peso	7182.—	7218.—	7690.72	7720.28
1 belgischer Franc	1082.41	1087.59	1087.27	1082.78
1 norwegische Krone	3801.22	3518.78	3780.82	3709.43
1 dänische Krone	8890.76	8709.25	8980.17	8970.86
1 schwedische Krone	5187.12	5162.88	5516.17	5548.85
1 finnische Mark	587.85	540.88	678.80	678.20
1 japanischer Yen	9276.75	9328.28	9875.25	9924.76
1 italienische Lire	928.87	933.88	883.88	887.47
1 Pfund Sterling	91271.25	91728.75	87755.—	88245.—
1 Dollar	19351.50	19448.50	20623.31	20728.69
1 französischer Franc	1192.08	1187.97	1246.87	1268.13
1 brasilianischer Milreis	3244.37	2255.68	2319.18	2380.83
1 Schweizer Franc	8615.93	8684.07	8887.88	8867.13
1 spanische Peseta	2014.94	2030.06	8204.46	8220.54
100 österr. Kronen (abgest.)	28.89	27.03	28.27	28.43
1 türkische Krone	578.53	581.45	611.45	614.54
1 ungarische Krone	6.85	6.87	6.70	6.74
1 bulgarische Lewa	112.06	112.64	117.98	118.08
1 jugoslawischer Dinar	116.50	197.50	205.47	210.58

1 Polenmark kostete etwa 46 Pfg.

Der Streit um den Königsplatz.

Sturm in der Stadtverordnetenversammlung. — Wieder eine aufgeflogene Sitzung.

Gestern sollten die Stadtdirektoren über die Straßen- und Platznamen beschließen, um die in der vorhergehenden Sitzung so häufig gestritten worden war. Weil die Kommunisten mit ihrem Antrag auf Benennung von Straßen nach Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg allein blieben, stimmten sie nachher gegen Erzberger und Rathenau. Die Forderung, bestimmte Straßen nach Erzberger und Rathenau zu benennen, wurde von allen Bürgerlichen abgelehnt, sogar vom Zentrum. Aus den umständlichen Abstimmungen kam schließlich nur heraus, daß eine etwa mal neu zu benennende Straße nach Rathenau benannt werden soll. Für Erzberger war selbst mit dieser auf die Zukunft vertrauensvollen Einschränkung keine Mehrheit zusammenzubringen. Bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Umbenennung des Königsplatzes in Platz der Republik prallten die Gegenkräfte scharf aufeinander. Als der Vorsteher Caspari den Antrag für „abgelehnt“ erklärte und die geforderte Auszahlung verweigerte, erhob sich stürmischer Widerspruch der Linken. Die Kommunisten erweiterten ihn zu einem regelrechten Lärmkonzert, das den Vorsteher nötigte, die Sitzung zu unterbrechen. Als er sie nach langer Pause wieder eröffnete und das erneute Verlangen nach Auszahlung unbeachtet lassen wollte, schloß neuer Lärm ein. Auch die Mahnung unserer Genossen Dittmann und Heimann, den Einspruch der ausserlichen Minderheit zu respektieren, blieb erfolglos. Der Vorsteher Caspari und der sekundierende Demokrat Dove begriffen nicht, daß ein Präsidium, das einseitig aus Bürgerlichen zusammengesetzt ist, sich nicht auf „Uebereinstimmung“ berufen kann. Infolge des andauernden Lärms mußte die Sitzung abgebrochen werden.

Im der gestrigen Sitzung hat die Versammlung hinsichtlich der Umbenennung von Straßen

folgende Beschlüsse gefaßt: Der Ausschuh Antrag, die Berliner Straße in Charlottenburg in Erzbergerstraße umzubenennen, wurde mit 121 gegen 77 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt, ebenso mit 122 gegen 78 Stimmen der Ausschuh Antrag, die Berliner Straße in Tempelhofer in Walter-Rathenau-Allee umzubenennen. Sodann wurden die Anträge, je einer demnachst umzubenennenden Straße die Namen Erzberger- bzw. Walter-Rathenau-Straße zu geben, mit 108 gegen 85 Stimmen, bzw. mit 105 gegen 86 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Darauf kam der Antrag, einen neuen großen Strahenzug nach dem Reichsminister Erzberger zu benennen, zur Abstimmung; die Auszahlung ergab die Ablehnung mit 99 gegen 98 Stimmen. Dagegen gelangte der Antrag, einen neuen großen Strahenzug nach Walter Rathenau zu benennen, zur Annahme.

Zuvor waren die Anträge der Rechten, die Umbenennungen bis zur Entscheidung des Landtags über die Reform des Gesetzes Groß-Berlin aufzuheben, bzw. zunächst die Bezirksämter darüber zu hören, abgelehnt worden. Für den kommunistischen Antrag, die Straßen auf die Namen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu taufen, hatten nur die Antragsteller gestimmt. Als nunmehr der Antrag der Sozialdemokraten auf Umlauf des Königsplatzes in

„Platz der Republik“

zur Abstimmung kam, erhoben sich dafür sämtliche anwesenden Mitglieder der Linken. Nach der Gegenprobe erklärte der Vorsteher den Antrag für abgelehnt. Diese Konstatierung war für die Linken einen stürmischen Protest hervor, und die verlangte Auszahlung wurde von einem Teil der Mitglieder auf der linken Seite des Sitzungssaales so nachdrücklich mit Trompeten und Klappern unterstützt, daß sich der Vorsteher außerstande sah, die Abstimmungen fortzusetzen, und die Sitzung um 8 1/4 Uhr unterbrechen mußte.

Dem Zentrum lag ein anderweiter Antrag vor, „einen hervorragenden Platz Platz der deutschen Republik zu nennen“.

(Nachdruck verboten. Der Reichs-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Summers. Er begann plötzlich zu husten. Endlich konnte er schwach mit seiner kleinen, dünnen Stimme sagen: „Ja, nun bin ich hier, und mit der Demokratie.“ „Demokratie ist... Das ist Demokratie: wir essen stinkigen Gulasch, um' dieses fette Weib geht mit dem Oberst aus und frist Chocolat soufflé... Wahre Demokratie! Aber ich will euch was sagen. Man darf nicht immer Schlachtvieh sein...“, stotterte Appelbaum heraus. „Es gibt mehr Schlachtvieh auf der Welt, als irgend etwas anderes“, sagte Andrews. Appelbaum in seiner Uniform, die in Falten um seinen mageren Körper hing, ging unsicheren Schrittes zur Tür hinaus, von den neidischen Blicken aller begleitet. „Der denkt wohl, er wird bald Präsident sein“, sagte der Leichenbestatter bitter. „Wird's auch wahrscheinlich werden“, meinte Andrews. Er machte sich wieder in seinem Bett zurecht und versank wieder in die dumpfe Kontemplation des lahrenden, kriechenden Schmerzes, in dem die zerfetzten Sehnen seines Schenkels sich langsam wieder aneinander knüpfen. Er versuchte verzweifelt, den Schmerz zu vergessen. Es gab doch soviel, an das er denken wollte, wenn er nur vollkommen ruhig liegen und die zerfetzten Enden von Gedanken, die auf der Oberfläche seines Bewußtseins herumschwammen, aneinanderstücken könnte. Er zählte die Tage, die er nun im Hospital war. Fünfzehn. Konnte es wirklich so lange schon sein? Bis jetzt hatte er noch nichts gedacht! Bald würden sie ihn, wie Appelbaum gesagt hatte, in die Klasse A versetzen und in die Treitmühle zurückschicken, und er würde noch nicht seinen Mut und die Beherrschung seiner selbst wiedergewonnen haben. Welcher Feigling war er doch gewesen, sich zu unterwerfen! Der Mann neben ihm hustete weiter. Andrews starrte für einen Augenblick auf die gelbe Silhouette des Gesichtes auf den Kissen mit der spitzen Nase und den kleinen, gierigen Augen. Er dachte an das glänzende Leichenbestattergeschäft, an die schwarzen Handschuhe, an die langen Gefächler, an sanfte, taktvolle Stimmen. Dieser Mann und sein Vater vor

Im ersten Teil der Sitzung war hauptsächlich das Ortsstatut für die Berufsschulen in Berlin

beraten und verabschiedet worden. Es gelangte im wesentlichen nach dem Ausschuhvorschlügen zur Annahme. Der Ausschuh hatte mit seiner aus den Bürgerlichen bestehenden Mehrheit als entscheidendes Verwaltungs- und Aufsichtsorgan statt der „Deputation für das Schulwesen“ die „Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen“, in das Statut hineingeschrieben, die es noch gar nicht gibt, die mithin hier sozusagen von hinten herum eingeschoben werden sollte. Trotzdem auch der Oberstadtschulrat Paulsen eindringlich ersuchte, das Statut nicht mit diesem Streitpunkt zu beschweren, setzte sich die bürgerliche Mehrheit durch, deren Wortführer Merle (Dem.) einen sehr heftigen Ton anschlugen zu müssen glaubte. Gen. Kuchensacker, der die Notwendigkeit eines einheitlichen Statuts nachdrücklich betonte, bemühte sich ebenfalls vergeblich um die Ausmerzung einer Anzahl von Verschönerungen, die die Ausschuhmehrheit an dem Magistratsentwurf vorgenommen hatte. Allerdings gelang es auch der Deutschen Volkspartei nicht, einige weitere von ihr beantragte Abschwächungen der Ausschuhfassung durchzusetzen. Einen hart ablehnenden Standpunkt nahmen die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei ein. Dem Abschluß eines Vertrages mit dem Deutschen Tiersehuhverein wegen Bestellung eines Viehbrauchs am Tierheim in Pantkowitz hatte die Versammlung ihre Zustimmung gegeben.

Der Schluß der Sitzung.

Länger als eine halbe Stunde währte die Beratung des Kleistenausschusses, der nach der Verlegung der Sitzung zusammengetreten war, und erst um 9 Uhr erklärte der Vorsteher Dr. Caspari die Sitzung für wiedereröffnet. Sofort wiederholten sich bei den Kommunisten die stürmischen Rufe: „Auszahlung!“ die jetzt noch durch Trommeln und Pfeifen unterstützt wurden. Caspari erklärte die beantragte Abstimmung durch seine Konstatierung, der auch das ganze Bureau sich angeschlossen habe, für erledigt und wollte in den Abstimmungen fortfahren. Gen. Dittmann appellierte demgegenüber an den Gerechtigkeitssinn des Vorstehers, der doch auch nicht unsehbar sei und sich irren könne; der Vorsteher solle durch Auszahlung zweifelsfrei leshellen lassen, wo die Mehrheit war bzw. ob er sich geirrt habe oder nicht. Man dürfe als Präsident mit der Autorität des Präsidenten nicht spielen, am wenigsten hier, wo es sich um eine bloße Formalie handle. Gen. Heimann schloß sich ausdrücklich den Worten Dittmanns an; Dove (Dem.) vertrat dagegen die Auffassung Casparis und meinte, wenn man davon abweiche, komme man zum polnischen Reichstag. Als dann Fabian (Dnall.) unter Berufung auf den Text der Geschäftsordnung sich zu längeren Ausführungen anschickte, wurde von der äußersten Linken vollführte Lärm dermaßen bedäunend, daß an eine geordnete Fortführung der Verhandlung nicht zu denken war und der Vorsteher um 9 Uhr 10 Minuten kurzerhand die Sitzung schloß.

Sofort nach Schluß der erregten Sitzung wurde der sozialdemokratische Antrag, den „Königsplatz“ in Platz der Republik umzubenennen, neu eingebracht. Er kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, so daß nochmals über ihn abgestimmt werden muß. Hiermit wird eine zuverlässige Feststellung des Abstimmungsergebnisses erzwungen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in den Nachmittagsstunden auf der Laubentkolonie Marienthal zu Baumshulenberg. Dort versuchte in seiner Laube der Handelsmann Michaelis einen Zünder, den er in Cummersdorf gefunden hatte, zu öffnen. Der Zünder explodierte und riß dem Mann die linke Hand ab, während die Beine zerfetzt wurden. Ferner erhielt der Unglückliche noch einen Brust- und Handhieb. Die in der Nähe befindliche Ehefrau verlor ein Auge und erlitt Verletzungen an beiden Händen und Armen. Die Verletzten fanden im Briker Krankenhaus Aufnahme. Laubentkolonisten nahmen sich ihres dreijährigen Kindes an.

A. A. A. A. A. A. A.

Das ist kein Rätsel, auch nicht etwa ein Preisrätsel, für dessen richtige Lösung, nun sagen wir, nur fünf Dollar (der Dollar steht ja so niedrig!) jammern alle Schieber und Speltanten) ausgesetzt sind. Nein! Das ist vielmehr die ebenso schöne wie sinnvolle Abklärung des Namens einer Firma, die als erste auf der ersten Seite des neuen Telefonbuches verzeichnet steht. Man muß gestehen, es sind ein bißchen viel Nas auf einmal, und als dieser Tage jemand die betreffende Firma telephonisch anrief und fragte, ob er auch genügend Nas gefaßt habe, antwortete eine liebenswürdige Frauenstimme: „Ist Ihnen besser oder soll ich einen Krankenwagen holen?“ Aber diese vielen Nas scheinen doch ein Rätsel zu sein, denn nach der Erklärung, die sich in Klammern hinter den Nas befindet, sollen sie bedeuten: adäquate Anfertigungsstätte aller Ampir. anzul. Ausrüst. Appar. Und was das heißt, kann man wirklich nicht raten!

Auf dieser ersten Seite des neuen Telefonbuches scheint überhaupt eine wahre Kasse zu herrschen. Nach den sieben kommen vier Nas, die bedeuten: Abdruck Anfertigung aller Art, dann kommen drei Nas (A. A. A. Reklame) und dann achtmal zwei Nas, die eine Kasse-Gesellschaft bedeuten und ein Abschreibebureau Nas und andere merkwürdige Dinge mehr. Man kann aus diesen geradezu blödsinnigen, das Sprachgefühl beleidigenden und durch nichts gerechtfertigten Abkürzungen klar erkennen, wie weit der Snobismus führt. Das sogenannte abgekürzte Verfahren hat, um Zeit, und dei Telegrammen, Geld zu sparen, im kaufmännischen Leben und Betrieb gewiß Berechtigung. Aber es muß doch immer ein gewisser Sinn in allen diesen Dingen liegen. Man wird es verstehen, wenn sich zum Beispiel eine Aktiengesellschaft für Anilin: Afa nennt, oder eine Kreditgesellschaft auf Aktien: Kaba!, wengleich diese gewaltigen Abkürzungen die Sprache grauam genug malträieren. In dessen dieses Allerneueste mit den vielen Nas, das geht denn doch über den grünen Alee. Der reinste Bescheidenismus der Sprache. Außerdem auch nicht ganz ohne Risiko. Denn wenn jemand, der mit einer dieser also abgekürzten Firmen ein Geschäft abschließen will, ein Telegramm zu diesem Behuf an die Firma sendet und ein Na zu wenig auf die Telegrammadresse setzt, erhält die telegraphische Anweisung auf einen großen Auftrag nicht die Firma, die gemeint war, sondern eine andere, mit zwei Nas weniger im abgekürzten Firmennamen. Woraus man ersehen kann, daß die leidige Kassegeschichte viel Ärger und Schaden anrichten kann, so daß schließlich noch ein — Arzt geholt werden muß.

Der neue Brotpreis.

Das Markenbrot 900 M., die Markenschrippe 30 M.

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt folgendes mit: „Der Anschluß der Reichsregierung, trotz der Beweiskraftung des Umlagegetreidepreises die Mehlabgabepreise der Reichsgetreidepreise gegenwärtig nicht zu erhöhen, macht eine grundlegende Minderung des Brotpreises entbehrlich; jedoch lassen sich kleinere örtliche Erhöhungen durch Steigerung der Löhne oder sonstiger Kosten in den einzelnen Kommunen nicht vermeiden. In Berlin tritt in den Bäckereien mit dem 12. März ein neuer Lohnstarif in Kraft, der gegenüber dem bisherigen eine Steigerung von etwa 30 Proz. bringt; zu Beginn des Monats sind außerdem bekanntlich Erhöhungen der Ausgaben für Licht, Strom, Miete usw. in den Bäckereien eingetreten. Ferner mußten die Verwaltungskosten, die zucht im Januar berechnet waren und seitdem unverändert geblieben sind (so daß angesichts des Emporschlens der Preise im Februar die Stadt seit Wochen mit erheblichen Zuschüssen belastet war), dem gegenwärtigen Stand der Preise angenähert werden. Eine Neuerschätzung des Brotpreises war somit unabweisbar, da das Reich nicht in der Lage war, unseren Anträge auf Uebernahme der Mehrkosten zu entsprechen. Der neue Brotpreis beträgt vom 12. März d. J. ab für das Kommu. allgrößbrot 900 M., für die Kommu. allschrippe 30 M. Zum Vergleich sei erneut darauf hingewiesen, daß zurzeit die Kommunalportionen von 1900 Gr. in freiem Brot 2546 M. kostet, also das freie Brot mehr als dreimal so teuer ist wie das Kommunalbrot.

Die Einäscherungsgebühr ist, wie der Ausschuh für Park- und Bestattungswesen mittelst, mit Wirkung vom 10. März 1923 von 50 000 M. auf 58 000 M. erhöht worden.

„Hoh, Storky, wie spät ist es?“ „Es ist Essenszeit. Hast wohl guten Appetit auf ein Beefsteak und Zwiebel und gebratene französische Kartoffeln?“ „Hall's Maul.“

Ein Klappern von Zinngeschirr am anderen Ende des Saales veranlaßte Andrews, sich weiter in seinen Kissen aufzurichten.

Nachdem er gegessen hatte, nahm er wieder die „Tentation de Saint Antoine“ auf, das Buch lag auf seinem Bett neben seinem unbeweglichen Bein; er vertiefte sich darin, las die prächtig formulierten Sentenzen mit gierigem Eifer, als ob das Buch eine Medizin sei, aus der er tiefes Vergessen trinken könne.

Er legte das Buch nieder und schloß die Augen. Seit Bewußtsein war voll eines seltsam fließenden Glanzes wie der Ozon in einer warmen Nacht, wenn jede Welle sich bläht und glänzend bricht und geheimnisvolle, milchige Lichter wie von Ewigkeiten her an die Oberfläche aus dem Dunkel des Wassers heraussteigen und glimmen und vertöscheln. Seltsame, fließende Harmonien durchströmten sein Fleisch, wie ein grauer Himmel beim Hereinbrechen der Nacht plötzlich mit endlos wechselnden Flecken von Licht und Farbe und Schatten sich füllt.

Als er dann versuchte, seine Gedanken zu fassen, ihnen einen definitiven musikalischen Ausdruck zu geben, war er plötzlich leer. Wie in einem tiefen Wasser eine Sandbank, die eben noch voller kleiner silbriger Fische war, plötzlich dunkel und leer erscheint, wenn ein Schatten über das Wasser fällt und man statt schimmernder beweglicher kleiner Körper nur noch die Restregion seiner eigenen Gestalt im Wasser sieht.

John Andrews wachte auf und fühlte eine kalte Hand auf seinem Kopfe.

„Fühlst du dich wohl?“ hörte er eine Stimme in seinem Ohr.

Er sah hinauf in ein puffy Gesicht von mittleren Jahren mit einer mageren Nase und grauen Augen und starken Schatten darunter. Andrews fühlte die Augen, die ihn forschend anlachen. Er sah das rote Dreieck auf dem Kahlärmel des Mannes.

„Ja,“ sagte er. „Wenn du nichts dagegen hast, möchte ich ein wenig mit dir reden.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Metamorphose der Milch.

Nahrungsmittel- und Urkundenfälschung.

Gegen eine Milchproduzentin fällte die 3. Strafkammer des Landgerichts III ein bemerkenswertes Urteil, das in der Praxis ein Novum darstellen dürfte.

Noch einmal Franz-Prozess?

Die ganze Affäre Franz dürfte noch einmal, und zwar diesmal vor dem Schöffengericht, aufgerollt werden.

Professors R a f f von der Technischen Hochschule bei dem Schöffengericht Berlin-Mitte eingereicht. Geheimrat R. und dessen Tochter waren in einem Blatt in einer Artikelreihe sehr scharf angegriffen worden.

Die Einschulung zum 1. April.

Vom 1. April ab wird in Berlin jährlich nur einmal eingeschult. Die Schulpflicht der Kinder beginnt mit dem zurückgelegten sechsten Lebensjahre.

suchen; nur in dringenden Ausnahmefällen, z. B. bei besonders gefährdetem Gesundheitszustand eines Kindes, der durch einen Kreisarzt bescheinigt wird, darf der öffentliche Unterricht durch Privatunterricht ersetzt werden.

Ein überaus frecher Raubüberfall wurde in Hamburg nachts gegen 3 Uhr auf dem Hochbahnhof Berliner Tor von drei Männern ausgeführt.

Bombenattentat in Hindenburg. Wie erst jetzt bekannt wird, ist am vergangenen Dienstag gegen das Gebäude der Polizeidirektion Hindenburg ein Bombenattentat unternommen worden.

Ein Grubenunglück in Charleroi (Belgien) hat bisher neun Todesopfer gefordert.



Nur in den bekannten Paketen, niemals lose, gibt es überall = Quieta = mit feinem Bohnenkaffees.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85.

Komische Oper. (7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2) Internat. Revue in 25 Bildern.

Admirals-Variete. 7. März-Programm wie immer - erstklassig.

Zielka Friedrichstr. 60 Ecke Leipziger Str. Variete-Kabarett 4 1/2, 7 1/2 Uhr.

Anzüge oder Schlüpfer. Anzüge in allen Größen, Schlüpfer in allen Farben.

Möbel. Jeder Art preiswert und gut. Barthel, Sanderstraße 54.

Möbel. Jeder Art preiswert und gut. Barthel, Sanderstraße 54.

Möbel. Jeder Art preiswert und gut. Barthel, Sanderstraße 54.

Möbel. Jeder Art preiswert und gut. Barthel, Sanderstraße 54.

Möbel. Jeder Art preiswert und gut. Barthel, Sanderstraße 54.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe in Berlin.

Bestmögliche Enorme Preisermäßigung! Ledertische 12 000, 15 500, 20 000, Bettlatten 2000, 25 000, usw.

Bestmögliche Enorme Preisermäßigung! Ledertische 12 000, 15 500, 20 000, Bettlatten 2000, 25 000, usw.

Bestmögliche Enorme Preisermäßigung! Ledertische 12 000, 15 500, 20 000, Bettlatten 2000, 25 000, usw.

Bestmögliche Enorme Preisermäßigung! Ledertische 12 000, 15 500, 20 000, Bettlatten 2000, 25 000, usw.

Bestmögliche Enorme Preisermäßigung! Ledertische 12 000, 15 500, 20 000, Bettlatten 2000, 25 000, usw.

Bestmögliche Enorme Preisermäßigung! Ledertische 12 000, 15 500, 20 000, Bettlatten 2000, 25 000, usw.

Bestmögliche Enorme Preisermäßigung! Ledertische 12 000, 15 500, 20 000, Bettlatten 2000, 25 000, usw.

Süde Hochpreise. Goldsamm. Neu-Altin, Kaiser-Friedrichstr. 42.

Theater, Lichtspiele usw.

Grid of theater listings including Opernhäuser, Volksbühne, Central-Theater, Apollo-Theater, Circus Busch, and others.

Grid of advertisements for furniture, clothing, and other goods, including 'Möbel', 'Anzüge', and 'Schlupfer'.

Grid of advertisements for various services and products, including 'Möbel', 'Anzüge', and 'Schlupfer'.

Grid of advertisements for various services and products, including 'Möbel', 'Anzüge', and 'Schlupfer'.